

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/AVIII/192

Bonn, den 9. Oktober 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Die Wahlkreislandschaft ändert sich</u> Zur ersten Beratung der Wahlkreiseinteilung im Deutschen Bundestag Von Wolfgang Jansen	60
2	<u>Unschön</u> Zu Adenauers Abschiedsreden	29
3 - 4	<u>08/15 heute</u> Betrachtungen zu dem Roman von Hellmut Kirst über die Bundeswehr Von Werner Buchstaller, MdB	74
5 - 6	<u>Die neue Wendung in Algerien</u> Rückzug Ben Bellas ? Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	93

Chefredakteur Günter Markscheffel

Die Wahlkreislandschaft ändert sich

Zur ersten Beratung der Wahlkreiseinteilung im Deutschen Bundestag
Von Wolfgang Jansen

Der Deutsche Bundestag befaßt sich in dieser Woche in erster Lesung mit einer Neucinteilung der Wahlkreise. Das ist zwingend notwendig, weil das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, daß drei der insgesamt fünf Überhangmandate der CDU/CSU auf die Mängel der Wahlkreiseinteilung zurückzuführen sind. Ohne Änderung der Wahlkreiseinteilung würde die nächste Bundestagswahl für ungültig erklärt werden.

Nach dem Bundestagswahlgesetz soll die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises um nicht mehr als 33 1/3 Prozent vom Bundesmittel abweichen. Diese Grenze ist bei der bisherigen Einteilung durch die Bevölkerungswanderung in 37 Fällen überschritten. Extreme: Im Wahlkreis Norder- und Süderdithmarschen liegt die Einwohnerzahl um 42 Prozent unter und im Wahlkreis Gelsenkirchen um 74 Prozent (!) über dem Durchschnitt.

Für die Neucinteilung hat eine vom Bundespräsidenten auf Grund des Bundeswahlgesetzes eingesetzte Kommission exakte Vorschläge ausgearbeitet. Die Unterlagen, die die Wahlkreiskommission dem Bundestag vorgelegt hat, sind mit großer Gründlichkeit erstellt worden. So hat man sich beispielsweise die Mühe gemacht, das Wahlergebnis von 1961 auf die neue Wahlkreiseinteilung umzurechnen. Was immer an statistischen Angaben für eine Beratung vonnöten sein mag, ist in der Bundestagsdrucksache enthalten.

Ganz offenkundig befand sich die Wahlkreiskommission bei ihrer Vorbereitung zwischen Szylla und Charybdis. Die Wahlkreise sollen nach Möglichkeit gleich groß sein. Die Kommission hatte den verständlichen Ehrgeiz, die in Gesetz festgelegte Toleranzgrenze von 33 1/3 Prozent noch zu unterschreiten und möglichst bei 25 Prozent zu bleiben. Das ist zu begrüßen, denn so besteht die Hoffnung, daß eine gewisse Zeit vergehen wird, bis erneut Differenzen in einem Umfang auftreten, der eine weitere Wahlkreisänderung notwendig machen würde. Eine gewisse Stabilität der Wahlkreiseinteilung über mehrere Legislaturperioden hinweg liegt aber im allseitigen Interesse.

Andererseits verlangt das Wahlgesetz, daß Stadt- und Kreisgrenzen nach Möglichkeit nicht berührt werden sollen. Dabei handelt es sich aber um verhältnismäßig große Einheiten. Es gibt Landkreise mit 20 000 aber auch solche mit über 300 000 Einwohnern. Da der Bundesdurchschnitt für einen Wahlkreis bei 220 000 Einwohnern liegt, ist die gleichzeitige Erfüllung der beiden Forderungen - annähernd gleiche Größe und Beachtung der Stadt- und Kreisgrenzen - nicht möglich.

Die Kommission ist einen Mittelweg gegangen. Sie hat die Abweichungen auf 25 Prozent beschränkt, ist in Ausnahmefällen auch bis zu 30 Prozent gegangen und hat es in Kauf genommen, daß in 24 statt bisher in 37 Fällen Landkreisgrenzen überschritten werden.

Für das Wahlergebnis selbst ist nicht unbedingt von Bedeutung, in wieviel Wahlkreisen die Kandidaten einer Partei direkt gewählt werden, da ein Ausgleich über die Landeslisten erfolgt, so daß die Zusammensetzung des Bundestages am Ende das Wahlergebnis im wesentlichen widerspiegelt. Aber es bedeutet natürlich für eine Partei einen Prestigeerfolg, möglichst viele "Direktkandidaten" zu haben und auch für den

Abgeordneten ist die Frage einer direkten Wahl durchaus interessant. Auch diesen Gesichtspunkt hat die Wahlkreis-Kommission Rechnung zu tragen versucht.

Unter Zugrundlegung des Ergebnisses von 1961 würde sich bei 247 Wahlkreisen insgesamt die Verteilung der Direktmandate um drei verschieben. Allerdings heben sich dabei gewisse Schwankungen in den einzelnen Ländern gegenseitig auf. Die CDU/CSU würde in Schleswig-Holstein drei, in Bayern vier Mandate verlieren und in Niedersachsen zwei, in Nordrhein-Westfalen sieben und in Rheinland-Pfalz ein Mandat gewinnen. Bei der SPD sind die Veränderungen geringer: Sie würde in Niedersachsen sechs Mandate verlieren und in Baden-Württemberg drei Mandate gewinnen.

Die Veränderungen ergeben sich zum Teil dadurch, daß achtzehn bisherige Wahlkreise völlig aufgelöst und an anderer Stelle neu gebildet werden. Bei den 137 Wahlkreisen, die größere oder kleinere Gebietsveränderungen erfahren und bei denen mithin ein gewisser Vergleich mit bisher schon bestehenden Wahlkreisen möglich ist, zeigt sich, daß in acht Fällen ein Wechsel im Besitz des Wahlkreises erfolgen würde. Er hinge - immer nach dem Ergebnis 1961 - von Mehrheiten zwischen 0,4 und 4 Prozent ab. Es werden also keine neuen Erbhöfe für eine Partei geschaffen. Insgesamt wird man also sagen können, daß die Wahlkreis-Kommission dem Bundestag eine gute Grundlage für seine Beratungen gegeben hat.

Unschön

sp - Es fällt auf: in den vielen Abschiedsreden, die der aus seinem Amt scheidende Bundeskanzler Adenauer bisher gehalten hat, fehlt jeder freundliche Hinweis auf seinen Nachfolger Erhard. Der zukünftige Altbundeskanzler hat von Erhard, was dessen ausserpolitische Qualifikation anbelangt, nie viel gehalten. Die Nominierung Erhards erfolgte gegen Adenauers Willen, er ließ, um das Unvermeidliche zu verhindern, zuletzt noch alle Minen springen - freilich vergeblich. So beschwor er noch in jener stürmischen Fraktionssitzung der Unionsparteien, in der die Nominierung Erhards erfolgte, die Fraktion, doch noch nach anderen, ihm geeigneter erscheinenden Männern Umschau zu halten. Doch die von ihm Genannten, von Brentano und Krone, ließen sich bei aller Vasallentreue nicht auf ein für sie und ihre Partei so riskantes Unternehmen ein. Seitdem sitzt der Groll gegen Erhard tief in Adenauers Herzen und bestimmt sein Verhältnis zu ihm. Er hat für ihn kein Freundes- und Dankeswort übrig, versagt sich auch dem Ratschlag, den ältere Staatsmänner ihren Nachfolgern gewähren und durch das Nichterwähnen des Namens Erhard läßt er vor der Öffentlichkeit die Abneigung gegen ihn demonstrativ sichtbar werden. Bedenkt der in einer Woche Abtretende nicht die Wirkung seines so offenkundig bezeugten Mißtrauens gegen Erhard auf die innere Lage der Unionsparteien und auf die Öffentlichkeit? Nach allem menschlichen Ermessen wird sich Adenauers Verhältnis zu Erhard nicht mehr ändern. Adenauer bleibt bis zum nächsten Parteitag der CDU noch deren Parteichef; die Bundestagsfraktion vermochte ihn zwar von seinem Kanzlerstuhl zu drängen, aber als Parteichef muß sie ihn noch, wenn auch widerwillig, tragen. Ihr aus dieser Stellung zu entfernen, besitzt sie keine Macht. Von hier aus drohen dem künftigen Kabinett für seine Stabilität innere Gefahren und Spannungen. Der Parteichef Adenauer, wie er eben ist, wird dem Bundeskanzler Erhard noch so manche Sorgenfalten bereiten; so gesehen tritt Erhard sein neues Amt wohl mit geschwächter Kraft an.

08/15 heute

Betrachtungen zu dem Roman von Hellmut Kirst über die Bundeswehr

Von Werner Buchtaller, MdB

Mit Hans Hellmut Kirsts ersten Büchern wurden 08/15 und seine Romanfiguren zum Inbegriff militaristischen Ungeists. Sie waren eine rückschauende Betrachtung des inneren Gehalts einer militärischen Ordnung, die mit am deutlichsten die Staats- und Gesellschaftsprinzipien jener Zeit widerspiegelte. Getreu der Devise, daß der einzelne nichts, das vom "Führer" repräsentierte Volk dagegen alles sei, galt das eherner Gesetz von Befehl und bedingungsloser Unterordnung für alle Bereiche des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens. In der ausgerichteten Masse war kein Raum für Individualismus - auch nicht auf Kasernenhöfen.

Das war so und, Gott sei lob, daß es vorbei ist. Mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist der Mensch ein freier Bürger. Die Menschenwürde ist unantastbar, Rechte und Pflichten sind nach diesen Prinzipien geregelt. Für das Volkswohl notwendige Einengungen der Freiheitsrechte einzelner sind Bestandteil der Verfassung. Aus den Männern im Waffenrock wurden Bürger in Uniform. Und just zu diesem Zeitpunkt veröffentlicht Hans Hellmut Kirst in QUICK seinen Roman: 08/15 heute.

Hätte der Schriftsteller Kirst seine Betrachtungen über die Wehrmacht zu Zeiten dieser Wehrmacht angestellt, wären ihm zumindest ein paar Jahre Zuchthaus sicher gewesen. Mit seinem Buch über die Bundeswehr riskiert er lediglich Kritik, gute und schlechte, sachliche und unsachliche. Eindrucksvoller kann die veränderte Welt kaum demonstriert werden.

Das weiß auch Hans Hellmut Kirst. Und dennoch, oder gerade deshalb fragt er danach, ob und inwieweit dieser Änderungsprozess auch im militärischen Bereich sichtbaren Ausdruck findet. Um es vorweg zu nehmen, es ist gut, daß er danach fragt.

Immerhin wurden noch im vorigen Jahrhundert preußische Soldaten zu Tode geprügelt und sind bittere Erfahrungen junger und jüngster deutscher Geschichte nicht nur bei uns, sondern auch ausserhalb unserer Grenzen in lebendiger Erinnerung. Der Bürger in Uniform ist ein Ziel - es wäre tragisch zu glauben, er sei schon Tatsache.

08/15 heute - gibt es das? Vielfältige Vorkommnisse bestätigen Hans Hellmut Kirst - ja, das gibt es noch. Und doch ist es entscheidend anders. Es gibt keinen Zweifel, was einmal die Regel war, ist heute die Ausnahme.

Kirst's Roman-Feldwebel Panmler ist eine solche Ausnahme, wurde Bundesverteidigungsminister Kai Uwe v. Hassel sagen und den Vorgang zu den Akten legen. Gerade darin liegt der große Fehler.

Unbestritten geben sich Parlament, Ministerium und die Führungskräfte der Bundeswehr grosse Mühe, die bewaffnete Macht in das demokratische Gefüge unseres Staates einzuordnen. Der Abstand zur Vergangenheit aber ist zu kurz und die Frage, ob die Auswirkungen dieser Zeit nur Übertöricht oder schon überwunden sind, bleibt zumindest offen. Wer aber zu leichtfertig die Ausnahmen übersieht, läuft Gefahr auch Tendenzen zu übersehen, die dazu führen können, dass diese Ausnahmen wieder zur Regel werden. Es ist deshalb gut, dass die Öffentlichkeit so sensibel auf Vorkommnisse in der Bundeswehr reagiert.

Hans Hellmut Kirst schrieb einen Roman. Mehr wollte er auch nicht. Es lag ihm fern, wie er selbst sagt, einen "Tatsachenbericht" oder eine "militärische Studie" zu liefern. Er betrachtet die Bundeswehr und die Menschen in ihr durch die Brille des Schriftstellers, nicht durch die des Analytikers. Es versteht sich deshalb von selbst, dass die Realität vielerorts anders, mancherorts allerdings auch unerfreulicher ist.

Man kann geteilter Meinung darüber sein, ob es gut ist, die Probleme der Bundeswehr in einem Roman abzuhandeln. Wie dem auch sei, Vorgänge, Handlungen und Personen in Kirst's neuem Roman machen deutlich, wie schwach die Trennungslinie ist zwischen der Härte in der Ausbildung und persönlicher Schikane, zwischen Befehlsgewalt und Machtmissbrauch, zwischen Gehorsamspflicht und Untertänigkeit, zwischen Selbstbehauptung und Pflichtverletzung und wie gross die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis, zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit sein kann. Um diese Probleme zu lösen, sind Vorschriften nur Hilfsmittel. Zu bewältigen sind sie nur durch ein tiefverwurzeltes Bekenntnis zu den Grundwerten unseres demokratischen Rechtsstaates. Das aber ist nicht nur Sache der Bundeswehr - es ist eine Lebensfrage unserer jungen Demokratie.

Es wird nicht selten kritisiert, dass man sich um zu viele Kleinigkeiten in der Bundeswehr kümmere und Vorkommnisse über Gebühr aufgebauscht werden. Das mag vereinzelt so sein. Sicherlich ist das nicht tragisch. Verhängnisvoll würde es dagegen sein, wenn Journalisten und Publizisten wieder schweigen würden - wie sie schon einmal schweigen mußten.

+ + +

9. Oktober 1963

Die neue Wendung in Algerien.

Rückzug Ben Bellas ?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der Aufstand des Kabylenvolkes im Herzen Algeriens dauert fort, ohne daß es der Zentralregierung Ben Bella gelänge, der Revolte ein Ende zu setzen. Das ist ein bedenkliches Zeichen für einen zentralistischen Staat, der im Namen einer Einheitspartei nach autoritären und totalitären Grundsätzen regiert wird.

Ben Bella ließ dieser Tage versöhnliche Worte fallen: es scheint, er sei bereit, mit den Aufständischen zu verhandeln. Jedenfalls behandelt er sie nicht mehr als "Staatsverbrecher".

Das ist ein bedeutsamer Rückzug der Diktatur. Woher rührt diese plötzliche Verhandlungsbereitschaft und wohin kann sie führen? Es könnte sein, daß Ben Bella Zeit zu gewinnen sucht und den abtrünnigen Oberst El Hadj zurückzugewinnen hofft, um Ait-Ahmed und die anderen Führer der FPS ("Front des Forces Socialistes" - "Front der Sozialistischen Kräfte") zu isolieren. Sollte dies wirklich seine Absicht sein, dürfte sie auf einer Fehlspiegelung beruhen. Die Führer der Aufständischen sind bis jetzt durchaus einig und überzeugt, daß sie die Diktatur Ben Bellas noch weiter erschüttern können.

Kein kabylischer Separatismus

Die Kabylei ist für sie nur ein Ausgangspunkt. Auf keinen Fall wollen sie einen nationalen Separatismus im Herzen des Landes. Sie glauben an die Ausdehnung des Aufstandes, obwohl Ben Bella Vorsorge traf und das Aufstandsgebiet militärisch einkreisen ließ.

Die Opposition begründet ihren Optimismus mit der Stimmung des algerischen Volkes und mit der Unzufriedenheit breiter Kreise der FLN nicht nur in der Kabylei, sondern in ganz Algerien. Anscheinend weiß auch Ben Bella, daß er den Aufstand in der Kabylei militärisch nicht besiegen kann. Eine "Strafexpedition" gegen die Rebellen würde voraussichtlich zu einem Guerillakrieg führen, dessen Ende nicht abzusehen wäre und für das ganze Regime verheerende Folgen hätte.

Partisanen und Gendarmen

Es ist durchaus nicht sicher, ob die Gendarmen und Soldaten des Oberst Boumedienne bereit wären, in einen derartigen Bürgerkrieg gegen die kabylischen Bauern zu ziehen. Schon meldet man Desertionen aus der Nationalarmee. Dazu kommt, daß es Partisanengebiete nicht nur in der Kabylei gibt, sondern auch in der nächsten Nähe von Algier. Sie konnten bis jetzt nicht absorbiert werden und schöpfen jetzt aufgrund der kabylischen Ereignisse neuen Mut.

Die Gendarmen des neuen Regimes stammen zum Teil aus den Grenzarmeen Boumediennes, zum Teil aus den algerischen Abteilungen der französischen Armee. Gegenüber den Partisanen sind sie im Hintertreffen. Denn die Partisanen stützen sich heute wieder auf das unzufriedene Volk.

Moskau und Kairo für Ben Bella

Seit dem Aufstand der FPS ist Ben Bella in der Defensive. Er kann die neue Rebellion weder ignorieren noch besiegen. Daran ändert auch

die Unterstützung nichts, die sowohl Moskau, als auch Kairo der algerischen Diktatur angeheimeln lassen. Daß Präsident Nasser um seinen Schützling in Algier besorgt ist, versteht sich von selbst. Bedeutsamer ist die Haltung Moskaus im gegenwärtigen innenpolitischen Konflikt Algeriens. Es ist kein Zufall, daß Algeriens zweiter Mann, der Oberkommandierende und Verteidigungsminister Oberst Boumedienne gerade jetzt in Moskau wichtige militärische und politische Besprechungen führt. Die kommunistische Zeitung Algeriens "Alger Républicain" - sie erscheint trotz formellem Verbot der KP weiterhin in großer Auflage - stellt sich rückhaltslos hinter das Regime Ben Bellas und schlägt im Kampf gegen die demokratische Opposition noch schärfere Töne an als das Politbüro der FLN.

Ben Bellas Rechenfehler

Die Aufständischen sind Verhandlungen nicht abgeneigt, ihre Forderungen sind aber weitgehend und hart. Die Rebellen sind sich ihrer militärischen und politischen Stärke bewußt (die Berge und das Volk der Kabylei sind militärische und politische Faktoren ersten Ranges) und fordern nicht mehr und nicht weniger als Demokratie.

Wahrscheinlich hat Ben Bella, als er seine Diktatur errichtete, sein eigenes Volk unterschätzt. Algerien ist weder wirtschaftlich noch politisch "unterentwickelt". Im Gegenteil, die Algerier sind in langen und engem Kontakt mit Frankreich und in einem siebenjährigen Befreiungskrieg in höchstem Maß politisch geschult und gereift. Für Experimente à la Nasser sind sie durchaus ungeeignet.

Ben Bella wußte es besser, hätte er den Befreiungskrieg nicht im Ausland und in französischen Gefängnissen verbracht. Vielleicht hätte er dann eine Reihe taktischer Fehler unterlassen. Vor allem hätte er den Faktor Kabylei nicht übersehen oder verachtet. Als der Chef der parlamentarischen Opposition Ait-Ahmed und eine Reihe anderer Abgeordneter der FLN Algier verließen und in den Bergen der Kabylei Zuflucht suchten, war es für den Chef des Politbüros höchste Zeit, einzulerken und zu begreifen, daß seiner Macht Grenzen gesetzt sind.

Ben Bella ließ die Frist verstreichen, in der er die Opposition noch auf legalen Wege in sein Regime hätte einbauen können. Mit den Methoden der Diktatur hat er seine früheren Kampfgefährten, fast die ganze alte Garde der FLN, aber auch viele junge Algerier wieder in den Untergrund getrieben und zur revolutionären Aktion gezwungen.

Die FPS: "Zweite Partei"

Ist noch Zeit zur Umkehr? Einige Anzeichen sprechen dafür. Abdel Kader und seine Gefährten, die schon vor mehreren Wochen in einem "Maquis" der Kabylei verhaftet wurden und seither verschollen waren, sind jetzt plötzlich aufgetaucht; ein normales gerichtliches Verfahren soll gegen sie eingeleitet werden und ihre Fotos wurden sogar im Zentralorgan der FLN veröffentlicht. - Wird auch Mohammed Boudiaf wieder auftauchen, der von den Gendarmen Boumediennes verschleppt und in die Sahara verbannt wurde? Die Freilassung der politischen Häftlinge, vor allem des "historischen Führers" der Algerischen Revolution ist eine der wichtigsten Forderungen der Opposition.

Das alles wären aber nur erste Schritte auf dem Weg zur Wiederherstellung der Demokratie innerhalb der FLN und in der Nationalversammlung: Einberufung eines Parteitages mit demokratisch gewählten Delegierten, Diskussions- und Redefreiheit im ganzen Lande. Die Krise ist heute so weit gediehen, daß sie den Rahmen der Einheitspartei sprengt. Die Opposition hat sich in der FPS als "zweite Partei" konstituiert und fordert legale Anerkennung. Dies ist der große Einsatz und die Tragweite der neuen algerischen Rebellion.